KARTEN EINER REGION
Pläne und Grafiken erläutern Europas Nachbarn im Süden
SEITE 4,5

NIEDERGANG EINER RELIGION
Die Christen schrumpfen in ihrer Urheimat zur kleinen Minderheit
SEITE 15

Sonderthema: Der Nahe Osten
Ein Gebiet in Zerfall und Unruhe

Das Parlament

Berlin, 04. April 2016 | www.das-parlament.de | 66. Jahrgang | Nr. 14-15 | Preis 1 € | A 5544

NACHRUF

Trauer um Hans-Dietrich Genscher

Er war der am längsten amtierende Bundesaußenminister: Hans-Dietrich Genscher, der neben Helmut Kohl (CDU) als Architekt der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 gilt, ist in der Nacht zum vergangenen Freitag an Herz-Kreislauf-Versagen gestorben. Er wurde 89 Jahre alt. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte Genscher als „einen der großen Liberalen unserer Zeit, eine herausragende Persönlichkeit, die eine ganze Epoche deutscher und europäischer Geschichte entscheidend mitgestaltet hat". Er habe „die Außenpolitik der Bundesrepublik 18 Jahre maßgeblich geprägt, dabei großes Vertrauen in unser Land aufgebaut und so den Weg zur deutschen Einheit mitbereitet".

© picture-alliance/dpa

Genscher wurde 1927 in Reideburg geboren, das heute zu Halle/Saale gehört. Während seines Jura-Studiums 1952 siedelte er von der DDR in den Westen über. Genscher gehörte dem Bundestag von 1965 bis 1998 an und führte die FDP von 1974 bis 1985. Der Spitzenliberale war Bundesminister unter den Kanzlern Willy Brandt (SPD), Helmut Schmidt (SPD) und Helmut Kohl (CDU). 1969 wurde Genscher Innenminister. In diese Zeit fiel der Überfall eines Palästinenserkommandos 1972 in München auf das israelische Olympiateam. Genscher bot sich als Geisel an. Die Befreiungsaktion ging komplett daneben – einer der Tiefpunkte des Politikers Genscher. Von 1974 bis 1992 war er fast ununterbrochen Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik. 1982 führte er mit der FDP den Koalitionswechsel von der SPD zur Union herbei.

Als Bundespolitiker zeichnete ihn die Ost- und Entspannungspolitik aus. Schnell erkannte er die Chancen, die sich aus der Reformpolitik des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow nach 1986 ergaben. Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR versuchte er, in Kontakten mit der Sowjetunion, den USA sowie den Nachbarstaaten, Vorbehalte gegen ein vereintes Deutschland abzubauen. 1990 handelte er den Zwei-Plus-Vier-Vertrag aus, in dem die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs die außenpolitischen Aspekte der Einheit festlegten. Seit Amtsantritt pflegte er eine ausgeprägte Reisediplomatie. 1992 schied Genscher, der hierzulande zu den beliebtesten Spitzenpolitikern gehörte und dessen Markenzeichen der gelbe Pullover war, aus dem Amt des Außenminister aus. Ende 2013 wirkte er noch an der Begnadigung des russischen Kremlkritikers Michail Chodorkowskij durch Präsident Wladimir Putin mit.

Unvergessen bleibt bei vielen Ostdeutschen Genschers Auftritt 1989 in der Prager Botschaft, wo er tausenden jubelnden DDR-Flüchtlingen zurief, dass sie nach Westdeutschland ausreisen dürften. Das sei der „glücklichste Tag meiner politischen Arbeit gewesen", bekannte der gebürtige Hallenser Hans-Dietrich Genscher, der das härtere Schicksal der DDR-Bürger nach 1945 immer im Blick hatte und für den dies stets Antrieb seiner Politik war. *kru*

MIT DER BEILAGE

Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main

11514
4 194560 401004

Zeitenwende in Nahost

ORIENT Die Revolten sind gescheitert, aber Kriege und autoritäre Regime werden nicht von Dauer sein

Seit Ende Februar gehen die Kriegshandlungen in Syrien zurück, doch dem Land drohen weiterhin Aufteilung oder Zerfall. Die Kämpfe sind so zerstörerisch, weil die Grundprobleme des gesamten Mittleren und Nahen Ostens in diesem Land aufeinanderprallen: Grenzziehungen aus kolonialer Zeit, gesellschaftliche Konflikte, deren Wurzeln bis in die Antike reichen, politische Verfehlungen aus der Zeit des Kalten Krieges tragen genau wie die gescheiterten US-Kriege der vergangenen Jahre sowie fehlende wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu einem Desaster bei, dessen Auswirkungen jetzt auch Europa mit Terror und mit Flüchtlingsströmen zu spüren bekommt.

Die von der britischen und französischen Kolonialmacht willkürlich gezogenen Grenzen haben nahezu ein Jahrhundert gehalten. Aber es ist kein Zufall, dass der „Islamische Staat" (IS) heute Gebiete beidseits dieser Grenze kontrolliert. Sunnitische Stämme in der Region haben sie niemals akzeptiert und sich der Kontrolle der irakischen und syrischen Zentralregierung stets entzogen. Schon in der Antike widersetzten sich die Bewohner der Wüste den Großreichen.

Mit ihrem Einmarsch in den Irak im Jahre 2003 haben die USA das labile Gleichgewicht in der Region zerstört. Sie sind nicht nur mit ihrem Ziel, Irak zu demokratisieren, gescheitert, sondern haben die Bedingungen für die Entstehung des IS mit geschaffen: US-Präsident Obama hat den Aufstieg der Terrororganisation jüngst in einem Interview als unbeabsichtigte Folge des Einmarsches von 2003 bezeichnet. Parallelen gibt es zum Terrornetzwerk Al-Qaida, das auch als ein Ergebnis US-amerikanischer und saudi-arabischer Interventionen im Afghanistan der 1980er Jahre während des Widerstandes gegen die Stationierung sowjetischer Truppen entstanden ist.

Die Schlacht bei Hattin am See Genezareth im Jahr 1187 entschieden die kurdischen Ayyubiden mit Sultan Saladin an der Spitze. Sie markiert den Anfang vom Ende der Vorherrschaft der christlichen Kreuzfahrerstaaten im Nahen Osten. © picture-alliance/CPA Media Co. Ltd

Revolten Das Scheitern der USA mit ihrem Demokratisierungsversuch im Irak hat auch zu den Revolten demokratischer Kräfte in Nordafrika und dem Mittleren Osten beigetragen. Die junge städtische Generation sah die Unfähigkeit oder den Unwillen westlicher Staaten, einen Rahmen für demokratische Entwicklungen zu schaffen. Der Versuch, Diktatoren zu stürzen, war nur solange erfolgreich, bis Saudi-Arabien und Iran intervenierten, um ihre innen- und außenpolitischen Interessen zu verteidigen. Beide Staaten behinderten die Bewegungen des „Arabischen Frühlings" auf unterschiedliche Weise. Saudi-Arabien militarisierte etwa die Konflikte in Libyen, Syrien und Jemen und Iran stabilisierte die Regime in Irak und Syrien.

Schon in der Antike widersetzten sich die Bewohner der Wüste den Großreichen.

Es gelang den USA und den westlichen Partnern über Jahrzehnte noch nicht einmal, demokratische Entwicklungen in Staaten voranzubringen, deren Regierung sie beeinflussen konnten, wie etwa das Regime in Ägypten. Die Herrscher der Region wechselten im Kalten Krieg ihre Bündnispartner, um finanzielle und militärische Hilfen zum Ausbau ihrer Militär- und Sicherheitsapparate zu erhalten, sie versäumten aber in aller Regel, Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Saddam Hussein beherrschte einen hochgerüsteten Irak, Vater und Sohn Assad ein hochgerüstetes Syrien. Die zivile Infrastruktur blieb hingegen unterentwickelt.

Während den einst prosowjetischen Regimen in den vergangenen Jahren der Krieg erklärt wurde, konnten prowestliche Autokraten weiter auf gewohnte Unterstützung zählen. Nach dem militärischen Desaster im Irak übernahm Saudi-Arabien eine führende Rolle bei der Stabilisierung prowestlicher Regime. Zur Rettung des Herrscherhauses im benachbarten Bahrain schickte das saudische Herrscherhaus im Jahre 2011 Truppen. Im vergangenen Jahr begann Saudi-Arabien, einen Krieg vornehmlich gegen schiitische Huthi-Rebellen im Jemen, bei dem es auf die stille Unterstützung der USA, Frankreichs und Großbritanniens zählen kann. Offiziell begründet Saudi-Arabien diese Politik damit, den zunehmenden Einfluss Irans in der Region einzudämmen.

Das vergangene Jahr hat jedoch auch zwei Entwicklungen gebracht, die den Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran Zurückhaltung auferlegen. Mit dem Atomabkommen schwindet für Iran die Motivation, die Region zu destabilisieren, um sich Raum für einen Krieg mit den USA zu schaffen. Zudem fehlen dem Land genau wie Saudi-Arabien wegen des Einbruchs der Ölpreise die finanziellen Mittel, regionale Interventionen zu finanzieren. Die ersten Anzeichen einer Zurückhaltung im syrischen Bürgerkrieg dürften bereits Ausdruck kommender Schwäche der Regionalmächte sein. Gleichzeitig werden Erfolge diplomatischer Beharrlichkeit sichtbar. Dazu hat auch die Bundesregierung einen Beitrag geleistet. Bemühungen, den Konflikt um das iranische Atomprogramm diplomatisch zu lösen, wurden über Jahre beharrlich von Berlin unterstützt. Damit leistete Deutschland einen Beitrag zur regionalen Entspannung und half, einen weiteren möglichen Groß-Krieg zu verhindern.

Dennoch werden der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika weiterhin Spannungsgebiete bleiben. Im Jemen kann Saudi-Arabien mit seinem militärischen Eingreifen die Situation nicht beruhigen. Die Huthis wurden zwar geschwächt, doch nur um den Preis eines Machtzuwachses unterschiedlicher Al-Qaida-Gruppen. Jemen steht vor einer humanitären Katastrophe mit syrischen Ausmaßen. Die Zahl der Kriegstoten steigt täglich. Mindestens 20 Millionen Menschen benötigen internationale Hilfe, ein Ende dieser Katastrophe ist nicht in Sicht. In Ägypten dürften auf längere Sicht die innenpolitischen Konflikte wieder aufbrechen. Finanzhilfen der arabischen Golfstaaten können dem Putschsystem der Militärs nur mittelfristig Entlastung schaffen. Das Bevölkerungswachstum ist ungebrochen und die junge Generation in den Ballungsgebieten wird die Perspektivlosigkeit nicht auf Dauer hinnehmen. Auch die verkrusteten Herrschaftsstrukturen der arabischen Golfstaaten werden eines Tages aufbrechen. Das Modell eines Gesellschaftsvertrages, das sich die Gefolgschaft der Bevölkerung durch die Verteilung von Öleinnahmen erkauft, wird nicht dauerhaft Bestand haben.

Jemen steht vor einer humanitären Katastrophe mit syrischen Ausmaßen.

Politischer Islam Bei den kommenden Proteste dürfte zudem die Bedeutung des politischen Islams kleiner werden. Die Verbreitung des saudi-arabischen Wahhabismus stößt bereits heute an Grenzen. Zwar hat sich für Saudi-Arabien die mit Petro-Dollar finanzierte Verbreitung salafistischer Ideen durchaus ausgezahlt. In den Stammesgebieten Afghanistans, Iraks und Syriens etwa werden radikalislamische Organisationen genutzt, um unliebsame demokratische oder auch nur säkulare Entwicklungen zu schwächen. Doch führen diese „Erfolge" unweigerlich zur Diskreditierung dieses politischen Islam-Exports aus Saudi-Arabien. Während er allenfalls noch in Stammesgesellschaften abgelegener Wüstenregionen Anklang findet, verliert er in den städtischen Zentren orientalischer Gesellschaften an Einfluss. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es sozialistische und nationalistische Ideen, die die Länder der Region im Kampf gegen koloniale oder postkoloniale Vorherrschaft aufgriffen. Ähnlich wie diese Konzepte wird der politische Islam an Bedeutung verlieren, weil seine Anhänger keine Antworten auf die anstehenden Probleme haben.

Muslimbrüder Die Tatsache, dass die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbrüder in Ägypten zum Bündnis mit der wahhabitisch orientierten Partei des Lichts (hizb an-Nur) bereit war, aber die Zusammenarbeit mit liberaleren Kräften ausschlug, hat nicht nur dem späteren Militärputsch Vorschub geleistet, sondern dürfte auch der Anfang vom Ende der Parteien des politischen Islams gewesen sein. Der Bedeutungsverlust des politischen Islams wird durch die unaufhaltsame Urbanisierung orientalischer Gesellschaften beschleunigt.

Auf lange Sicht werden demokratische und zivilgesellschaftliche Strömungen von dieser Entwicklung profitieren, auch wenn sie erst einmal nicht stark genug sein dürften, autoritäre und diktatorische Regime zu stürzen. Das Scheitern des „Arabischen Frühlings" und das Umschlagen in einen „arabischen Winter" zeigen die Schwierigkeiten, die der politische Wandel im Mittleren Osten und Nordafrika mit sich bringt. Doch hat es auch in Europa mehr als 150 Jahre gedauert, bis sich die Ideen der Französischen Revolution wirklich Bahn brechen konnten. Der Orient wird weniger Zeit für den Wandel benötigen. *Ulrich Tilgner*

Der Autor war Korrespondent des ZDF und später des Schweizer Fernsehens für den Nahen und Mittleren Osten.

Im Flüchtlingslager Jarmuk in Syriens Hauptstadt Damaskus Anfang 2014 © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

EDITORIAL

Lehre aus den Fehlern

VON JÖRG BIALLAS

Der Nahe Osten ist uns derzeit emotional besonders nahe. Auch wenn der Flüchtlingsstrom aus dieser Region nach Deutschland deutlich abgeebbt ist, begehren noch immer Hunderttausende Einlass in die Europäische Union. Die Massenflucht bleibt für die Heimatländer wie für die Zielstaaten der Migranten ein Problem. Eine dauerhafte und befriedigende Lösung ist nicht in Sicht.

Hinzu kommt eine Terrorwelle, die ihren Ursprung ebenfalls im Nahen Osten hat und in den vergangenen Monaten mehrfach über den Schutzdamm europäischer Sicherheitsmaßnahmen schwappte. Männer aus arabischen Ländern halten sich selbst für „Gotteskrieger" mit einem religiösen Auftrag.

Tatsächlich sind sie aber besonders feige und hinterhältige Mörder mit einer religiösen Wahnvorstellung. Sie haben Paris und Brüssel angegriffen, erheblich verletzt und zeitweilig in eine Schockstarre versetzt. Die Wehrhaftigkeit, den Willen ganz Europas, mit aller Kraft gegen diesen Irrsinn vorzugehen, haben sie nicht gebrochen.

Im Wissen darum, dass keine europäische Metropole vor solchen Terrorangriffen gefeit ist, wachsen auch hierzulande die Vorbehalte gegen Religion und Kultur des Orients. Statt den Versuch zu unternehmen, die Vielschichtigkeit der Ideologien und historischen Einflüsse zu durchdringen, sprießen Vorurteile und pauschale Ablehnung. Wer nicht genau hinschaut und dabei auch in die Vergangenheit blickt, wird die Gegenwart aber nur unzureichend verstehen können.

Gleiches gilt für jene, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass die allermeisten Menschen aus dem Nahen Osten, die bei uns leben wollen oder leben müssen, friedlich sind und mit größter Abscheu auf den Terror ihrer Landsleute blicken. Wie müssen die sich in der neuen Heimat fühlen, wenn gegen sie gehetzt und ihnen Sympathie für Massenmörder unterstellt wird?

Die Welt bewegt sich in Zeitläuften, die so unwägbar und unsicher wie lange nicht sind. Das Verhältnis der Staaten in Nahost untereinander spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie das Verhältnis von Abend- zu Morgenland. Gewiss würde es helfen, die zahlreichen politischen Fehler der Vergangenheit zu nutzen, um für die Gegenwart zu lernen.

Das gilt übrigens gleichermaßen für Orient und Okzident.